



Pressemitteilung

Nr. xx/2023 – xx.xx 2023

Hessische Arbeitsmarktpartner unterzeichnen gemeinsames Positionspapier zur Fachkräfteeinwanderung

Im Vorfeld der hessischen Landtagswahl im Herbst 2023 fordern mit dem Hessischen Industrie- und Handelskammertag (HIHK), dem Hessischen Handwerkstag (HHT), der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), dem DGB Hessen-Thüringen und der Regionaldirektion Hessen fünf bedeutende hessische Arbeitsmarktpartner, mehr internationale Fachkräfte für den hessischen Arbeitsmarkt zu gewinnen. In einem heute veröffentlichten Positionspapier legen sie dazu Empfehlungen für ein gemeinsames Handeln aller hessischen Arbeitsmarktakteure vor.

Die Unterzeichner des Positionspapiers sehen dringenden Handlungsbedarf, da der Fachkräftebedarf in Hessen groß ist und unaufhörlich wächst. Trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten liegt alleine die Zahl der den hessischen Agenturen für Arbeit gemeldeten offenen Arbeitsstellen bei knapp 50.000. Die tatsächliche Fachkräftelücke liegt noch deutlich höher. Regionen- und branchenübergreifend werden ausgebildete Arbeitskräfte gesucht, die Vakanzzeiten von zu besetzenden Stellen steigen signifikant. Es besteht kein Zweifel, dass die Verfügbarkeit von Fach- und zunehmend auch Arbeitskräften längst die wirtschaftliche Entwicklung bremst und nachhaltige Wohlstandsverluste drohen.

Dabei besteht Konsens zwischen den hessischen Arbeitsmarktpartnern, dass Aus- und Weiterbildung, aber auch weiter steigende Beschäftigungsquoten von Frauen, Älteren oder Menschen mit Behinderungen einen wichtigen Beitrag dazu leisten können und werden, um die Fachkräftelücke zu schließen. Die Hebung inländischer Potentiale hat hohe Priorität und muss weiterhin engagiert begleitet werden. Doch ohne Zuwanderung aus dem Ausland, insbesondere aus Drittstaaten, wird die Lücke bei den Arbeits- und Fachkräften nicht geschlossen werden können.

Die Unterzeichner möchten mit ihrem Positionspapier vor allem Lösungsansätze zur zweiten großen Säule für die Hebung zusätzlicher Fachkräftepotentiale, dem Themenkomplex Internationalisierung und Erwerbszuwanderung aus dem Ausland, zur Verfügung stellen und die gemeinsamen Ideen in die politische Diskussion einbringen.

Die Rahmenbedingungen der Erwerbsmigration sollen verbessert werden. Hierzu gehören beispielsweise die Digitalisierung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren wie die Bündelung von ausländerrechtlichen Aufgaben oder die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen. Gestärkt werden müsse auch die Werbung für Hessen als attraktives, innovatives und vielfältiges Einwanderungsland sowie der weitere Ausbau einer reibungslosen Sprachförderung.

Unterzeichnet wurde das Papier durch:

Kirsten Schoder-Steinmüller, Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertags,

Stefan Füll, Präsident des Hessischen Handwerkstags,

Wolf Matthias Mang, Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.,

Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen sowie

Dr. Frank Martin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit.